

Saudi-Arabiens König Fahd (M.), Kronprinz Abdullah (l.) beim Jubiläum der Dynastie 1999 in Riad, Pilger an der Kaaba im heiligen Mekka: *Das*

Die Brutstätte des Terrors

Heimat der heiligsten Stätten des Islam und der größten Erdölreserven, der verschleierten Frauen und Playboy-Prinzen: Nirgendwo prallen Mittelalter und Neuzeit so aufeinander wie in Saudi-Arabien, Osama Bin Ladens Geburtsland. Geheimdienste belegen die Verwicklungen des Königshauses in den Terrorexport – und Kungeleien mit US-Politikern. Droht jetzt ein Anschlag in Mekka?

Sie sind manches gewöhnt, die Soldatinnen und Soldaten auf der amerikanischen Prince Sultan Air Base nahe der saudi-arabischen Hauptstadt Riad. Dass ihr Gastland keinen Alkohol erlaubt und sie unter Androhung von Gefängnis keinen christlichen Gottesdienst halten dürfen. Dass sie um alles in der Welt keinen Flirt mit Einheimischen anfangen sollen: Auch für Ausländer mit Peitschenhieben bestrafbar, im Fall eines Ehebruchs könnte dem arabischen Partner gar Tod durch eine öffentliche Steinigung drohen. Dass sie sich züchtig kleiden – für die Soldatinnen heißt das beim Verlassen der Basis Kopftuchzwang.

Und immer diese Angst vor einem Attentat.

Schon mehrfach haben Osama Bin Ladens Qaida-Terroristen wohl gegen US-Einrichtungen im Land zugeschlagen. In den Jahren 1995 und 1996 kostete das bei Riad und in Dhahran 24 Amerikaner das Leben. Dann die blutigen Attacken 1998 auf die US-Botschaften in Nairobi und Daressalam, im Oktober 2000 die Attacke gegen das Kriegsschiff USS „Cole“ im Hafen von Aden. Trauriger Terror-Höhepunkt: New York und Washington, der 11. September 2001. Deshalb ordnen die Chefs der Prince Sultan Air Base neue Schutzvorrichtungen für den US-Militärstützpunkt an, geben sie bei den Regierungsstellen von Riad in Auftrag.

Bin Laden – der Name zwingt, auf alles vorbereitet zu sein. Aber auf das große Schild, das wenige Tage später auf dem US-Stützpunkt angebracht wurde, war keiner vorbereitet, und mancher hielt den Atem an. „Security upgrades by Binladin Group“ stand da. Die Saudis fanden offensichtlich nichts dabei, die Arbeiten einer



KHALED AL-SAYED / AFP / NAAMANI / DPA

Wüstenreich – der wahre Kandidat für die Achse des Bösen?

etwas ins Gerede gekommenen Familie zu übertragen: „Verstärkte Sicherheit“ für die amerikanischen Militärs – von und mit dem Bin-Laden-Clan.

Die Sippe hat sich offiziell von Osama losgesagt, nachdem ihm die saudische Regierung die Staatsbürgerschaft entzogen hatte. Den amerikanischen Behörden ist es nicht gelungen, eine Verbindung zwischen der von Osama-Bruder Bakr geleiteten Binladin Group (Jahresumsatz fünf Milliarden Dollar, Büros in einem Dutzend Länder) und dem Qaida-Netzwerk nachzuweisen. Trotzdem verließen in einer Nacht-und-Nebel-Aktion drei Tage nach dem Anschlag auf das World Trade Center 24 Bin-Laden-Verwandte im Privatflugzeug die USA – auf eigenen Wunsch und aus Angst vor Übergriffen, wie sie sagten; organisiert wurde die Flucht von der saudiarabischen Botschaft in Washington und dem FBI.

Amerikanische Fahnder aber glauben, dass mindestens zwei Familienmitglieder bis in die jüngste Zeit Kontakt mit Osama hielten: die Schwäger Mohammed Dschamal Chalifa und Saad Scharif. Und so spricht nach Ansicht der „Washington Post“ alles dafür, dass sie „auf beiden Seiten der Barrikade zu finden sind“, die gut 50 Sprösslinge des verstorbenen Bauunternehmers und Multimillionärs Mohammed Bin Laden: bei denen, die an amerikanischen Militärbasen und Botschaften mitbauen, und bei denen, die sie in die Luft sprengen. Bei denen, die in prächtigen Palästen wohnen, und denen, die in versteckten Berghöhlen hausen. Bei denen, die den saudischen Kronprinzen beraten – und bei denen, die ihm nach dem Leben trachten.

Schizophren? Vielleicht. Aber kaum widersprüchlicher als das meiste andere in diesem merkwürdigen, puritanischen Wüstenreich, in dem es wenig Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung gibt, wenn man öffentliche Hinrichtungen nicht mag. Über hundert Todesurteile werden pro Jahr vollstreckt, meist trennt ein Scharfrichter dem Delinquenten mit einem einzigen Säbelhieb den Kopf ab. Der Platz für das mittelalterliche Ritual liegt in Riad neben dem neuen Justizpalast, zwischen Datteln und vergoldeten Laternen. Immerhin: Dieben, denen die Hand abgehackt wird, steht eine Nachbehandlung mit den fortschrittlichsten Apparaturen und Arzneien der Neuzeit zu.

Saudi-Arabien ist die Heimat von Mekka und Medina, den heiligsten Stätten des Islam; in seinen Wüsten lehrte im 7. Jahrhundert der Prophet Mohammed und begründete damit eine Weltreligion, die auch durch Toleranz und Mitmenschlichkeit bestach. Kein Land fördert heute mehr Erdöl, keines hat größere Reserven: etwa ein Viertel der Welt. Kein Land importiert Waffen in solchem Wert – das meiste aus den Waffenschmieden der USA. Kein Land, mit der Ausnahme Israels, kann sich im Nahen Osten engerer Kontakte zu Washington rühmen.

Das Königshaus und das Weiße Haus, das schien nach dem Ende des Ölembargos von 1974 wie eine glückliche Interessengemeinschaft, fast schon Symbiose: Die Amerikaner sorgten für die Sicherheit der Monarchie vor Angriffen aus dem Ausland und ersparten dem bis auf die Knochen korrupten Reich der über 5000 Prinzen fast jede Kritik. Solange alles „stabil“ schien, kümmerte sich Washington herzlich wenig um die mit Füßen getretenen Menschenrechte, den weltweiten Export islamistischer Ideologien durch Riad und das Fehlen jeglicher demokratischer Einrichtungen: Es gibt keine Parteien, keine Gewerkschaften, keine freie Presse.

Die Saudis sorgten im Gegenzug für einen steten Fluss erschwinglichen Erdöls und finanzierten mit ihren gigantischen Einkäufen ganz wesentlich die US-Rüstungskonzerne: Für F-15-Kampfflugzeuge, Awacs-Aufklärer, M1-Abrams-Panzer und anderes Militärgerät zahlten die Wüsten-



RAHIMULLAH YOUSAFZAI / AP

Terrorchef Bin Laden in Afghanistan (1998)
„Gegen Juden und Kreuzzügler“



ABBAS / MAGNUM / AGENTUR FOCUS

Kronprinz Abdullah (M.) mit Familienangehörigen auf seinem Landgut bei Riad: *Luxus taugt nicht nur zum Repräsentieren …*



JOEL ROBINE / AFP / DPA



ALFAQUI / ACTION PRESS

… sondern kann auch Spaß machen: **Königspalast in Dschidda, Königsyacht im spanischen Málaga**

herrscher allein im letzten Jahrzehnt weit über 30 Milliarden Dollar.

Spätestens seit dem 11. September ist endgültig Schluss mit ein Herz und eine Seele – seit feststeht, dass nicht nur der Drahtzieher des Terrors ein gebürtiger Saudi-Araber ist: 15 der 19 Selbstmordattentäter, die in den USA die vier Flugzeuge zum Absturz brachten, besaßen Pässe des Königreichs, eingefärbt im Grün des Islam, verziert mit einem Koranspruch und dem Schwert des Propheten.

Einige der Mörder hielten sich noch vorletztes Jahr in der Heimat auf, die meisten in der Südwestprovinz Asir. Außerdem sind mehr als hundert hochgradig verdächtige Saudi-Araber in Guantanamo interniert, die für die Taliban oder Qaida gekämpft haben. Ihre Zahl, die zwischenzeitlich mehr als zwei Drittel aller auf Kuba Inhaftierten ausmachte, hat Riads Regierung selbst bekannt gegeben, als sie ihre Auslieferung beantragte.

Saudi-Arabien: der wahre Kandidat für die Achse des Bösen? Die Heimat des Propheten: eine Brutstätte des Terrors? Das Königreich der Sauds: ein Alptraum aus Tausendundeiner Nacht?

Es geht um viel bei dem Poker um Öl und Macht und Sicherheit. Denn nicht nur die Türme des World Trade Center stürzten an jenem Tag im September 2001 in sich zusammen. Begraben wurde auch die lange als selbstverständlich betrachtete Sicherheit der Ressourcen. Die Anschläge der Islamisten machten die Verwundbarkeit der USA klar, die heute 22 Prozent (1973: 13,6 Prozent) ihres Erdöls aus der Golfregion beziehen. Ein blutiger Konflikt in Riad, der Ausfall größerer Mengen des Rohstoffs wären für die USA wie für die gesamte Weltwirtschaft ein Desaster.

Und die Gefahr ist da, die „Tankstelle der Welt“ äußerst verwundbar. „Für einen Terroristen wäre es sehr einfach, mit einem Flugzeug (das saudische Ölterminal) Ras Tanura zu zerstören, dazu braucht man noch nicht einmal eine Boeing“, sagt Robinson West, Chef der Washingtoner Petroleum Finance Corporation.

Noch versuchen die Offiziellen beider Staaten, öffentlich abzuwiegeln. Man kooperiere, heißt es in dürren Verlautbarungen aus Washington wie Riad. Aber hinter den Kulissen fliegen die Fetzen.

Die saudische Regierung lässt ihren amerikanischen Partner abblitzen, der sie um die Sperrung terrorismusverdächtiger Konten und um detaillierte Informationen über die Herkunft der Flugzeugentführer gebeten

hat. Regierungsnahe Journalisten (und andere kommen nicht zu Wort) schreiben, es sei an der Zeit, die amerikanischen Militärbasen zu schließen und den Irak Saddam Husseins wieder in die „arabische Völkerfamilie“ aufzunehmen. Viel spricht dafür, dass die Prinzen in Riad weiter versuchen, sich freizukaufen und sich vor Anschlägen auf ihr eigenes Leben zu schützen, indem sie den mächtigen islamistischen Religionsführern Saudi-Arabiens freie Hand bei der Rekrutierung von Militanten im Ausland lassen und den Radikalen Schutzgelder zahlen.

In Afghanistan fanden westliche Fahnder entlarvende Dokumente über die „Wohlfahrtsgesellschaft“ Wafa, die auf intime Kontakte zu al-Qaida schließen lassen. Und erst letzte Woche geriet in Bosnien-Herzegowina wieder eine saudi-arabische „Hilfsorganisation“ in Verdacht, für die Qaida-Terroristen gearbeitet zu haben.

Washington fährt hinter den Kulissen schweres Geschütz auf gegen Riad. Man werde vielleicht tatsächlich einen Teil der rund 5000 amerikanischen Soldaten abziehen und eine neue Basis in einem freundlicheren Staat der Region – beispielsweise Oman – einrichten, ließ das Pentagon streuen. Allerdings frage sich, wer dann das fragile Wüstenreich schütze.

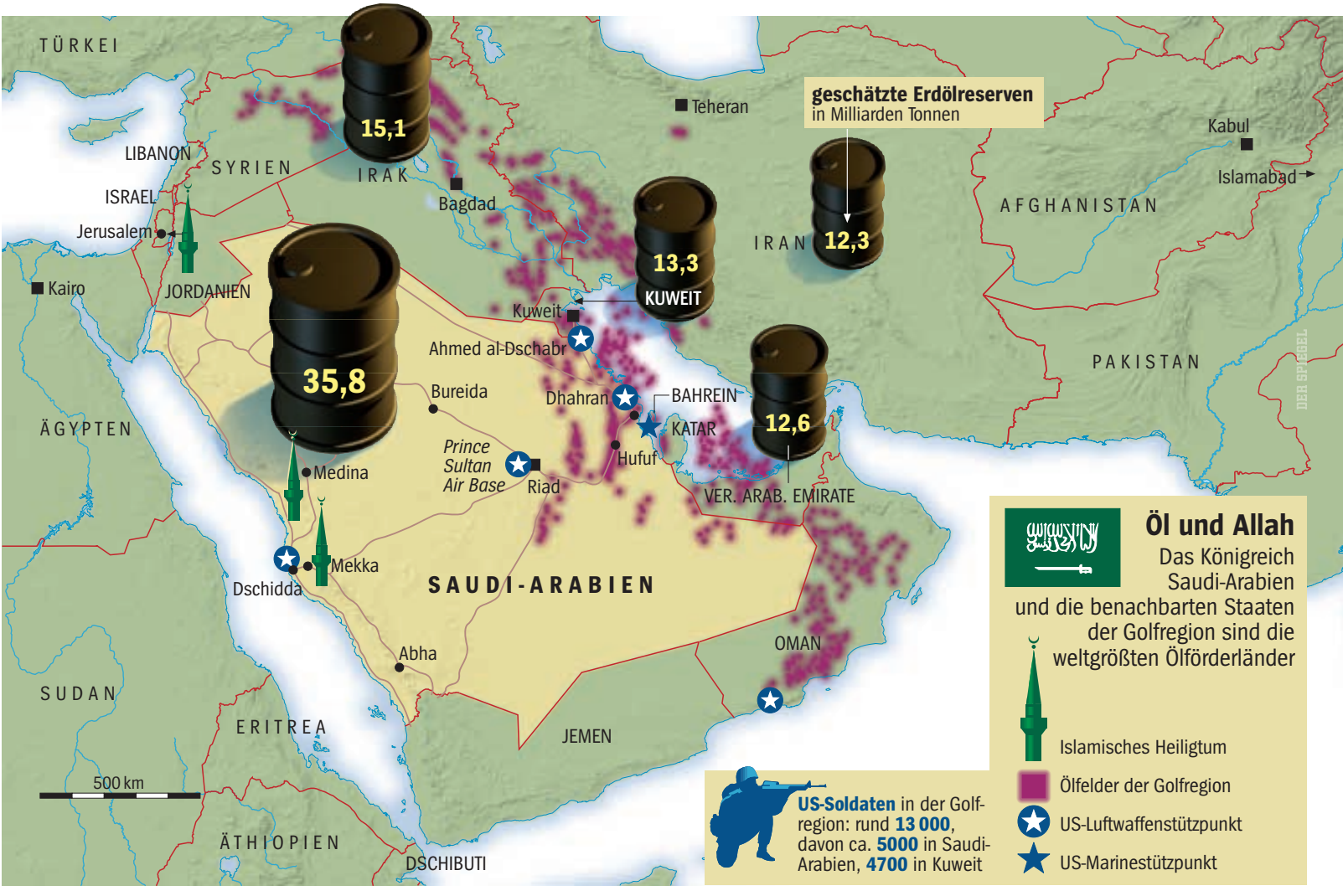
Für das Königshaus werde es Zeit, endlich zu handeln „und wie General Musharraf in Pakistan mit dem gewalttätigen islamischen Fundamentalismus zu brechen“, mahnt die „New York Times“. Im Bush-nahen, konservativen „Wall Street Journal“ geht Kommentator Ralph Peters noch einen Schritt weiter. „Die USA müssen sich mit den Saudis anlegen. Es darf keine Kompromisse mit den hartnäckigsten Förderern des Terrorismus geben. Die Saudis sind weit davon entfernt, für die Sicherheit des Westens unabdingbar zu sein – im Gegenteil, sie stellen die größte Gefahr aller Staaten dar, China eingeschlossen.“ Schlussfolgerung des Leitartiklers: „Washington muss sich darauf einrichten, die Ölfelder zu besetzen.“

Noch im Pilgermonat soll ein Terroranschlag von Bin Laden die Region erschüttern.

Amerikanische Think Tanks und eine besondere Arbeitsgruppe im Pentagon haben angeblich mit Planspielen für eine derartige Invasion schon begonnen, während US-Vizepräsident Richard Cheney bei seinem für Mitte März geplanten Besuch in Riad nach außen hin wohl noch einmal gute Miene zum bösen Spiel machen wird.

Aber auch wenn die militärische Eroberung der wichtigsten Ölfelder auf wenig Widerstand träfe – fast alle liegen im Osten, relativ nahe der Grenze zu den US-Stützpunkten von Kuweit –, wäre eine solche Attacke politischer Wahnsinn: Dann kommt es mit einiger Sicherheit zu einem Flächenbrand, zu einem Krieg, der eine dauerhafte Sicherung der Öl-Pipelines vor Terroristen unmöglich macht. Und das in einer Region, die durch die brutale Besatzungspolitik des israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon und den palästinensischen Gegenterror ohnehin am Rand der Katastrophe steht.

In Nahost hat derzeit nicht einmal eine so vernünftige Friedensinitiative reelle Chancen, wie sie vorletzte Woche überraschend der saudische Kronprinz Abdullah – bis jetzt als Hardliner gegen Israel bekannt – vorschlug: Riad bietet den Israelis die diplomatische Anerkennung an, wenn sie sich von allen 1967 besetzten palästinensischen Gebieten zurückziehen. Er will die gesamte Arabische Liga zu diesem Schritt überreden. Höflich-zurückhaltendes Interesse in Israel, Skepsis in Syrien. Und alle Welt rätselt:



„Tief verborgener Traum“

Mit seiner Friedensinitiative setzt
Kronprinz Abdullah Israel unter Zugzwang.

Das Reisefieber packte den israelischen Präsidenten schnell und heftig. „Ich fahre sofort nach Riad“, verkündete Mosche Kazaw, „wenn man uns einlädt.“ Auge in Auge mit der saudischen Führung würde er am liebsten die Details des neuen Friedensplans ausloten.

Eine Einladung allerdings steht bisher aus. „Wahrscheinlich bekäme er auch gar kein Visum“, sorgt sich Außenminister Schimon Peres.

Mit seiner überraschenden „Botschaft an das israelische Volk“ will Kronprinz Abdullah von Saudi-Arabien den Weg zum Frieden wieder freiräumen. Dazu müsse sich Israel nach dem Prinzip „Land für Frieden“ aus allen nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 besetzten Gebieten zurückziehen und einen Palästinenserstaat anerkennen. Verhandeln aber sollten Israel, die Palästinenser, Libanon und Syrien direkt. Als Gegenleistung offeriert Abdullah volle Anerkennung und Sicherheitsgarantien der Araber.



ABBAS / MAGNUM / AGENTUR FOCUS

Thronfolger Abdullah
„Land für Frieden“

Dass ausgerechnet Saudi-Arabien, die Wiege des Islam, die Hand zum Frieden ausstreckt, hat Israel völlig unvorbereitet getroffen. Befürworter wie Peres und Kazaw sehen in dem Plan eine „faszinierende Chance“. Die rechten Parteien in der Regierung reagierten indes kühl bis feindlich.

Dabei waren die Motive des saudischen Kronprinzen mitnichten selbstlos. Die spektakuläre Offerte, die Abdullah mit Ägyptens Präsident Husni Mubarak schon vor über einem Monat abgesprochen hatte, soll das Prinzen-Regime in Riad nach den Verstrickungen seiner Landsleute in das Terrornetzwerk von Osama Bin Laden außenpolitisch wieder aufwerten.

Für israelische Diplomaten ist es noch „schier unvorstellbar“, dass einmal Israels Fahne über einer Vertretung in Riad wehen könnte. Erst 1999 hatte Saudi-Arabien die Junioren-Weltmeisterschaft im Handball boykottiert, weil Israel teilnahm. Als im selben Jahr eine israelische Journalistin im Gefolge der US-Außenministerin Madeleine Albright ins Land reiste, löste das in den Medien Empörung aus.

Die neuen Töne aus Riad, die sogar „volle Normalisierung“ in Aussicht stellen, wecken bei Israelis den „tief verborgenen Traum, endlich von der arabischen Welt akzeptiert zu werden“, sagt Ex-Botschafter Avi Primor. „Es ist der größte Anreiz, der Israel je geboten wurde“, behauptet der Leiter des Palästinensischen Wirtschaftsrats, Mohammed Schataija.

Doch Hardliner-Premier Ariel Scharon scheint nicht gewillt, den geforderten Preis für den Frieden zu bezahlen. „Keine israelische Regierung wird auf die Grenzen von 1967 zurückgehen“, sagt ein Scharon-Vertrauter. Wer das verlange, sei „nicht seriös“.

Immerhin lässt Scharon über diplomatische Kanäle die Substanz des Plans erforschen und ist bemüht, Gesprächskontakte herzustellen. Schließlich darf der Premier weder seine linken Koalitionspartner noch die internationale Gemeinschaft verprellen.

So hat Scharon es jetzt in der Hand, die saudische Friedensinitiative entscheidend voranzubringen. Dazu müsste er zunächst den noch immer in Ramallah unter Hausarrest stehenden Palästinenserführer Jassir Arafat zum arabischen Gipfel Ende März nach Beirut reisen lassen. Ohne dessen Anwesenheit könnte Abdullah dort kaum um gesamtarabische Unterstützung für seinen Vorstoß werben.

Andernfalls müsse die arabische Welt davon ausgehen, droht der amtierende Präsident des Golfkooperationsrats, Jussuf Bin Alawi Bin Abdullah, dass Israel „die Initiative nicht ernst nimmt“.

ANNETTE GROSSBONGARDT

Will das saudische Königshaus so von seinen hausgemachten und mit Terror in die Welt hineingetragenen Problemen ablenken? Oder meint Abdullah es wirklich ernst?

Öl ins Feuer gießen will derzeit keiner. Selbst in der gegenwärtigen Atmosphäre ausgeprägten amerikanischen Selbstbewusstseins und militärischer Allmachtsgefühle wird sich George W. Bush kaum auf die Besetzung von Erdölfeldern einlassen und sich damit in ein unberechenbares Abenteuer hineinziehen lassen.

Wohl nur in einem Fall könnte es so kommen – wenn sich die Information bewahrheitet, die der saudi-arabische Regimekritiker Chalid Chalil Asaad, 52, dem SPIEGEL zugespielt hat. Asaad lebt in Dschidda und ist Autor einer in seiner Heimat verbotenen Bin-Laden-Biografie. Als früherer PR-Chef der Familienfirma ist er mit dem Clan bestens vertraut: „Ich habe Informationen darüber, dass Osama Bin Laden sich im schwer kontrollierbaren Grenzgebiet zum Jemen aufhält – auf saudi-arabischem Boden.“

Wenn das stimmt – was hat er vor?

„Er plant für die nächste Zeit, womöglich noch während des Mitte März endenden Pilgermonats, einen Terroranschlag auf amerikanische Einrichtungen im Land oder auf ein saudi-arabisches Erdölterminal.“

Ob die Regierung in Washington die Herrscher in Riad nun wirklich einmal offen zu demokratischen Reformen drängt, ihre Finanzverbindungen zum Terror austrocknet oder sie noch härter anpackt: Es gilt immer auch Interessenkonflikte zu bedenken, allerlei delikate Verflechtungen – bis hinein in die Familie des Präsidenten.

George Bush Senior galt in seiner Amtszeit als Intimfreund der Saudis und hat seine guten Kontakte in die Gegenwart, als Geschäftsmann und Lobbyist, hinübergerettet. Er ist hoch bezahlter „Berater“ des Washingtoner Venture-Capital-Unternehmens Carlyle Group, das seine erfolgreichsten Transaktionen in der Rüstungs- und Flugzeugindustrie tätigt. Als Mehrheitseigner der Rüstungsfirma United Defence beispielsweise profitiert Carlyle besonders von der Erhöhung des US-Verteidigungsetats.

Saudi-Arabien verarmt auf hohem Niveau: Die fetten Jahre haben zum Stillstand geführt.

Bush Senior hält Vorträge – unter anderem in Saudi-Arabien. Gelegentlich macht er für seine Firma auch Besuche bei alten Freunden; so dinierte er noch im Januar 2000 bei Kronprinz Abdullah in dessen Landgut bei Riad. Und ebenso wie James Baker, sein ehemaliger Außenminister und gleichfalls bei Carlyle in PR-Diensten, pilgerte Bush Senior mindestens zweimal

„Wir sind im Zentrum eines Sturms“

Regimekritiker Saad al-Fakih über den Kampf gegen das Königshaus und über Osama Bin Laden

Fakih, 43, entstammt einer der führenden saudi-arabischen Familien. Nach einer Verhaftung wegen kritischer Äußerungen über das Königshaus floh der Chirurg ins Londoner Exil, wo er seit 1994 lebt. Er gründete 1996 die „Bewegung für islamische Reform in Arabien“, die zum Sturz der Dynastie aufruft.

SPIEGEL: Sehen Sie eine ernsthafte Chance, die Prinzen aus ihren Palästen zu vertreiben?

Fakih: Der Sturz des Königshauses ist nicht eine Frage des Ob, sondern des Wann. Natürlich kann es noch Jahre dauern, obwohl der Niedergang der Sauds immer deutlicher wird. Es gelingt den Prinzen nicht mehr so gut wie früher, die Weltöffentlichkeit über ihre Korruption, ihre Misswirtschaft, ihre Inkompetenz zu täuschen. Für Saudi-Arabien gilt: Wir sind im Zentrum eines Sturms.



ANDY HALL

Oppositioneller Fakih
„Der Kollaps droht“

SPIEGEL: Wie stellen Sie sich einen Machtwechsel vor?

Fakih: Ich halte es für wahrscheinlich, dass sich die Monarchie im Erbstreit selbst zerfleischt. König Fahd, seit Jahren zu krank zum Regieren, hatte erst gerade – von den Medien verschwiegen – einen schweren Rückfall und ist völlig hinfällig. Trotzdem tun sie in Riad so, als ob er Leute empfängt, Briefe schreibt. Absurd, aber auch ein Beweis dafür, dass sie sich nicht einigen können.

SPIEGEL: Kronprinz Abdullah ist doch der designierte Nachfolger, de facto regiert er das Land.

Fakih: Seine offizielle Ernennung ist keinesfalls gesichert. Er ist nicht gewillt, die Macht mit Verteidigungsminister Prinz Sultan zu teilen, wie der verlangt. Nach dem Tod König Fahds erwarte ich einen offenen Konflikt, der das Königshaus in die Knie zwingt. Die zweite Möglichkeit für das Ende des Regimes ist die argentinische Variante: Massenprotest der Bevölkerung gegen eine zahlungsunfähige Regierung.

SPIEGEL: Übertreiben Sie da die finanziellen Schwierigkeiten Saudi-Arabiens nicht ganz gewaltig?

Fakih: Die Staatsschulden liegen nach unseren Rechnungen bei 200 Milliarden Dollar, saudi-arabische Offizielle sprechen von 160 Milliarden. Beide Summen sind im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt viel zu hoch, und die Europäische Union würde sie nicht als zulässige Quote für eine einigermaßen gesunde Volkswirtschaft gelten lassen: Es droht ein Kollaps. Und den werden die Menschen nicht hinnehmen. Doch anders als in Argentinien gibt es bei uns keine Verfassung, keine zivilen Institutionen, die sich nach dem Chaos erholen könnten.

SPIEGEL: Wir hatten eigentlich erwartet, dass Sie bei einem Sturz des Königshauses den Einfluss der Opposition betonen würden.

Fakih: Das ist Szenario Nummer drei: Umsturz durch Gewalt. Nachdem Osama Bin Laden noch Anfang der Neunziger den Spitzen des Regimes – beispielsweise Verteidigungsminister Sultan – zugesichert hat, sie nicht persönlich zu Angriffszielen zu machen, denken er und seine engsten Anhänger jetzt anders. Sie sind bereit zur Ermordung der wichtigsten Stützen des Hauses Saud.

SPIEGEL: Woher wissen Sie das so genau?

Fakih: Wir haben unsere Quellen.

SPIEGEL: Sagen Sie uns, wo?

Fakih: Das kann ich nicht.

SPIEGEL: Was berichten Ihre Quellen über Bin Ladens Aufenthaltsort?

Fakih: Er ist definitiv noch am Leben. Er bereitet mit seinen Leuten, nach der Umgruppierung an geheimem Ort, wieder einen großen Schlag vor.

SPIEGEL: Wie populär ist Bin Laden in Saudi-Arabien?

Fakih: Enorm populär. Interne Meinungsumfragen zeigen, dass 95 Prozent der Jugendlichen mit ihm sympathisieren. Er hat mit seinen Aussagen, mit seinen Taten einen Nerv getroffen.

SPIEGEL: Das klingt bewundernd. Zählen Sie zu seinen Fans?

Fakih: Ich lasse mich nicht mit Bin Laden vergleichen. Er hat – anders als ich – ein globales Projekt, er kämpft mit anderen Mitteln für andere Ziele.

SPIEGEL: Ihre Oppositions-Verlautbarungen klingen auch nach islamistischer Propaganda. „Bin Laden erzwingt für sich die Liebe und den Respekt aller Teile der Gesellschaft“, heißt es da. Sie propagieren keinen Terror – aber ähneln sich in Bezug auf Saudi-Arabiens Zukunft nicht Ihre Ziele?

Fakih: Es gibt eine bestimmte Schnittmenge von Gemeinsamkeiten. Aber wir wollen nach dem Ende der Monarchie eine transparente Gesellschaft mit Führern, die dem Volk verantwortlich sind, und einer Wirtschaft, die allen nützt – natürlich alles auf der Basis eines islamischen Staates. Zurzeit gehen über 40 Prozent der Öleinnahmen in die Kassen der Prinzen. Das muss aufhören.

SPIEGEL: Bei aller Sympathie, die Bin Laden genießen mag: Es ist schwer vorstellbar, dass es zu einem bewaffneten Aufruhr gegen das Regime kommt.

Fakih: So wenig wie zu einer demokratischen Wahl. Auch ich glaube nicht an umfangreiche gewalttätige Großdemonstrationen. Dafür sind die Kontrollen zu strikt. Aber man muss nur einen oder zwei Prinzen töten, um das ganze saudische Regime zu destabilisieren. Verschwänden etwa der Verteidigungs- oder der Innenminister, sie wären nicht adäquat zu ersetzen. Das sind Leute, die seit Jahren nur mit ihrer persönlichen Autorität als Mitglieder des Königshauses regieren, sie hinterließen ein Machtvakuum.

SPIEGEL: Gibt es Rechtsgelehrte, die zu solchen Morden aufrufen?

Fakih: Täten sie es öffentlich, würden sie sofort ins Gefängnis geworfen. Viele be-



Folklore-Darbietung in Riad*
„Man muss nur einen Prinzen töten“

* Vor riesigen Porträts des Thronfolgers Abdullah.

rühmte Prediger haben längst ihre Kompromisse mit dem Regime gemacht. Es existieren auch keine Kassetten mit entsprechendem Inhalt. Das läuft anders: Ein gewaltbereiter Untergrundkämpfer geht zu einem Rechtsgelehrten und holt sich unter vier Augen eine Fatwa …

SPIEGEL: … ein religiöses Gutachten …

Fakih: … über die Legitimität eines bestimmten Angriffsziels. Das bleibt im kleinsten Kreis.

SPIEGEL: Und Sie wissen, dass solche Fatwas ausgesprochen wurden?

Fakih: Ja.

SPIEGEL: Kronprinz Abdullah hat Israel aufgefordert, die besetzten palästinensischen Gebiete zu räumen. Im Gegenzug hat er eine Anerkennung des Judenstaates in Aussicht gestellt. Ist das nicht eine vernünftige Nahost-Friedensinitiative?

Fakih: Nein. Das Angebot zur Anerkennung war ein Fehler. Das werden meine Landsleute Abdullah nie verzeihen.

SPIEGEL: Viel deutet darauf hin, dass die USA einen Schlag gegen den Irak vorbereiten. Kann Washington auf die Kooperation des Königshauses rechnen?

Fakih: Riad hat schon klar gesagt, dass in diesem Fall die Amerikaner ihre Stützpunkte im Land nicht für Angriffshandlungen benutzen dürfen. Die saudische Regierung begreift allmählich, dass sie inzwischen mehr die Amerikaner beschützt, als es umgekehrt der Fall ist. Dass man in Riad gegen einen Irak-Krieg ist, hat andere Gründe: Man ist glücklich mit dem Status quo.

SPIEGEL: Saudi-Arabien ist glücklich mit dem Diktator Saddam Hussein, der nach dem Überfall auf Kuweit doch auch Saudi-Arabien bedrohte?

Fakih: Jetzt sieht keiner mehr Saddam als Bedrohung. Die Regierung möchte auf jeden Fall verhindern, dass der Irak unter einer neuen Regierung Millionen Barrel Öl auf den Markt pumpt und die Preise kollabieren – denn das würde sie dann garantiert nicht mehr überleben.



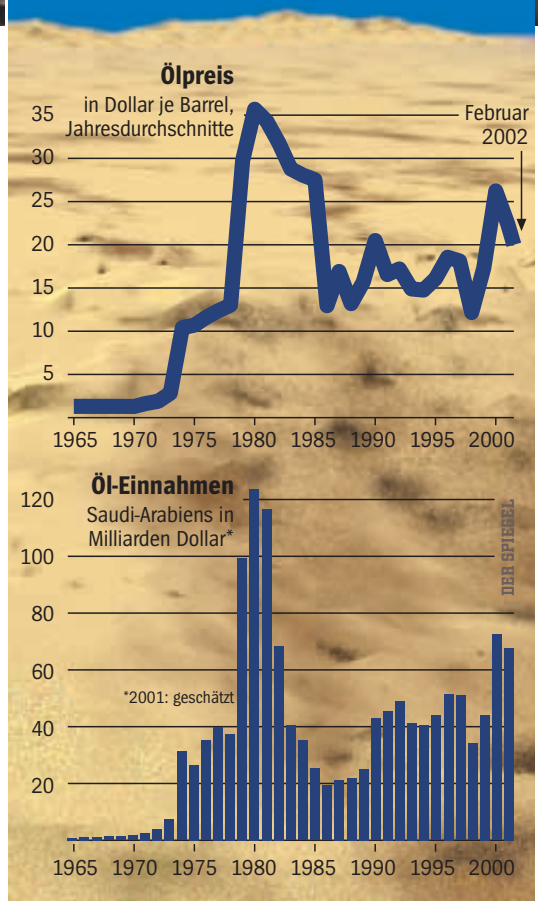
RABIH MOGHRABI / DPA



LAURENT VAN DER STOCKT / GAMMA / STUDIO X

Aramco-Raffinerie in Ras Tanura
„Ölfelder besetzen“

Milliarden unterm Wüstensand



nach Dschidda – um Mitglieder der Bin-Laden-Familie zu treffen.

Von der luxuriösen Carlyle-Zentrale in Washington ist es nur ein Katzensprung zum Weißen Haus. Eine solche Adresse, solche Verbindungen imponieren. Vielleicht auch deshalb investierte die Bin-Laden-Gruppe bei dem amerikanischen Unternehmen mindestens zwei Millionen Dollar. Nichts spricht juristisch dagegen, dass Osamas Sippe durch die Carlyle-Mitbeteiligung am amerikanischen „Krieg gegen den Terror“ abkassiert. Und alles spricht dafür, dass dieses Jahr die Carlyle-Gewinnausschüttungen explodieren. Wer wollte da von Bakr und seiner Familienbande verlangen, dass sie ihres Bruders Hüter sind?

Die Bush-Bin Laden-Connection interessiert auf den Straßen der saudi-arabischen Hauptstadt kaum jemanden. Hier kämpfen die Menschen gegen die weit verbreitete berufliche Chancenlosigkeit an und gegen die allgegenwärtige, lähmende Langeweile. Riad gilt mit seinen breiten Durchgangsstraßen den Reiseführern als „autofreundlichste Stadt der Welt“. Leider ist es keine menschenfreundliche.

Die Fußgängerwege am Dira-Platz sind mit kostbaren Marmorplatten ausgelegt, aber sie führen nach nirgendwo: keine Discos, kein Ballett, keine Kinos; außer den unzugänglichen, oft in schauerlichem Bonbonrosa gehaltenen Palästen der Prinzen ist die Hauptattraktion der Innenstadt eine 20 Meter hohe Steinsäule mit einer sprechenden Uhr, die alle 15 Minuten die Zeit ansagt – auf die Dauer nicht gerade aufregend. Aber tatsächlich treffen sich unter der Uhr spätnachmittags, wenn die oft brütende Hitze gewichen ist, junge Männer.

Im Stadtbild fällt auf, wie sehr die Jugend überwiegt; etwa 65 Prozent der Saudi-Araber sind unter 25 Jahre – eine der jüngsten Bevölkerungen der Welt. Und eine, die von gegenwärtig 21 Millionen so schnell wächst, wie dies kaum in einem anderen Staat der Fall ist: um 3,5 Prozent im Jahr.

Noch ist für die Grundbedürfnisse gesorgt. Aber es wird für den todkranken König Fahd Bin Abd al-Asis und den Defacto-Herrscher Kronprinz Abdullah von Jahr zu Jahr schwieriger, großzügige Sozialleistungen zu finanzieren und die Menschen mit Geschenken wie einer umfassenden kostenlosen Krankenversicherung und zinslosen Krediten ruhig zu stellen. Denn parallel mit der Bevölkerungsexplosion und einer Schwindel erregend steigenden Arbeitslosigkeit, von der Regierung zugegeben 20 Prozent, in Wahrheit



Saudische Kamel-Kavallerie auf einer Militärparade in Riad: *Keine Parteien, keine Gewerkschaften, keine freie Presse*

DPA

womöglich 30 Prozent, sind die Einkünfte dramatisch weggesackt.

Wegen der unter Druck geratenen Erdölpreise ist das jährliche Pro-Kopf-Einkommen um über 70 Prozent gefallen – von 28 600 Dollar im Jahr 1981 auf etwa 8000 Dollar heute. Die gesamte Wirtschaft befindet sich in einer Rezession, schrumpft 2002 wohl um zwei Prozent.

Saudi-Arabien verarmt auf hohem Niveau: Noch sind das Probleme, wie sie jeder schwarzafrikanische Staat gern einmal hätte. Aber die fetten Jahre mit ihrer großzügigen „Öl-Rente“ haben zu einer Unkultur der Bequemlichkeit und Lethargie geführt; die meisten Saudi-Araber, besonders extrem die etwa 40 000, die über verwandtschaftliche Beziehungen zum Königshaus verfügen, sind gewohnt, rund um die Uhr verwöhnt zu werden. Und man muss es erlebt haben, mit welcher demonstrativen Arroganz einer der wenigen einheimischen Verkäufer die Kunden in Riads Goldmarkt (nicht) bedient.

Im Wüstenreich besorgen mehr als sechs Millionen Gastarbeiter aus Indien, Pakistan und den Philippinen die niederen Arbeiten. Als die Regierung jetzt versuchte, ihre verwöhnten Landsleute, wenn nicht zum Kellnern und Putzen, doch wenigstens als Taxifahrer zu gewinnen, stieß sie auf Desinteresse – so schlecht geht es den Verwöhnten noch nicht, dass sie sich zu Dienstleistungen herabließen.

Auch den Engagierten ist jede Mitbeteiligung an politischen Entscheidungsprozessen verwehrt. Das Zugeständnis an westliche Demokratievorstellungen erschöpft sich in einem Konsultativrat („Madschlis al-schura“), dessen 60 Mitglieder der König ernennt und dessen Beschlüsse von ihm abgesegnet werden müssen. Die jungen Leute sind zynisch geworden gegenüber den Regierenden, von deren Korruptheit und Scheinheiligkeit sie überzeugt sind. Im Untergrund zirkulieren die Texte der heimlich aufgenommenen Telefonate aus dem Königshaus, die Amerikas National Security Agency dem US-Journalisten Seymour Hersh zugespielt hat.

In einem Gespräch befiehlt Prinz Naif, der Innenminister, eine aufgetauchte Liste von hochrangigen Kunden eines Prostituiertenrings schleunigst verschwinden zu lassen. In einem anderen äußert sich Prinz Sultan, der Verteidigungsminister, über die schwindenden Kräfte des hinfälligen Königs: „Ein Gefangener.“ Und mehrfach unterhalten sich königliche Minister ganz offen darüber, wie man am geschicktesten den Staat betrügt und das vertuscht – bis hin zur genauen Höhe der Beträge.

Heimlich aufgenommene Telefonate aus dem Königshaus enthüllen Hilfe für den Terror.

Besonders brisant: Die Mitschnitte beweisen, dass die Saudis noch 1996 Osama Bin Ladens Qaida mit Geldern unterstützten und darüber hinaus Terrorgruppen in Zentralasien, dem Jemen und Libanon. Mindestens zwei prominente Prinzen zahlten zudem direkt Schutzgelder an den offiziell längst verfemten Bin Laden. „Der Deal ging so: Du führst hier keine Operationen gegen uns durch, und wir stören dich nicht bei dem, was du im Ausland tust“, berichtet ein auf Anonymität bedachter Fahnder in Washington.

Seit dem 11. September „beobachten Saudi-Watcher einen steilen Anstieg von Gewaltkriminalität und Drogenhandel – Zeichen eines Zusammenbruchs der öffentlichen Ordnung“, schreibt das britische Nachrichtenmagazin „Economist“. Noch sind es fast immer scheinbar ziellose Provokationen gegen die Obrigkeit.

Mitte Dezember zogen etwa tausend junge Männer randalierend durch die Straßen der Hafenstadt Dschidda, es gab zahlreiche Verletzte. Anfang Februar griffen nach einem Fußballspiel in Chubar Hunderte mit Steinen und Flaschen die Polizei an. Die Beerdigung des Scheichs Hamud al-Schuaibi, der als Erster gewagt hatte, wegen „Zusammenarbeit mit Ungläubigen“ eine Fatwa (ein religiöses Rechtsgutachten) gegen das Königshaus auszusprechen, wurde zur größten Massenversammlung der letzten Jahre.

Als eine Website die Telefonnummern der 15 saudi-arabischen Familien veröffentlichte, deren Söhne für den Terror in New York und Washington verantwortlich waren, brachen fast die Leitungen zusammen: Tausende wollten gratulieren und kondolieren. Von der Regierung in Riad unter Verschluss gehaltene Schätzungen zeigen, dass mehr als 90 Prozent der Jugendlichen mit Osama Bin Laden sympathisieren. Sie sehen ihn als eine Art Robin Hood, der sich mit den Reichen und Mächtigen der Welt anlegt – im bisher so autoritätshörigen Saudi-Arabien, das Protest nicht tolerieren oder gar in positive Umwälzungen kanalisieren kann, offenbar das größte aller denkbaren Komplimente.

Für die meisten mag ihr Aufbegehren nur ein antiautoritäres Spiel sein, etwa der Nervenkitzel der allabendlichen Auto-Verfolgungsjagden der Studenten mit den Polizisten. Junge Frauen in Dschidda provozieren dadurch, dass sie öffentlich die traditionell nur den Männern vorbehaltenen



STAN HONDA / AP

Saudi-Prinz Walid (r.) am Tatort in New York*: *Schluss mit ein Herz und eine Seele*

Wasserpfeifen rauchen – womöglich setzen sich einige besonders Mutige bald wieder an das Steuer der Familienautos und fahren im Konvoi durch die Straßen. Das führte vor einigen Jahren noch zu Verhaftungen, denn einen Wagen zu lenken ist nur Männern erlaubt.

Gesprächsthema Nummer eins bei den Damen ist der Kampf, den eine auf der Prince Sultan Air Base stationierte amerikanische Bomberpilotin gegen die höchsten Stellen des US-Militärs gewonnen hat – Oberstleutnant Martha McSally darf ohne die Abaja, den schwarzen Umhang, ausgehen. „Wenn sie um die Ecke käme, ich würde mich anschließen“, sagt eine der Rebellinnen von Riad. Ihre Freundin zitiert ein trauriges saudi-arabisches Sprichwort: „Vorsicht. Ein Mädchen besitzt nur einen Schleier und ein Grab.“

Einige träumen von Liberalisierung, anderen erscheint die Regierung zu „gottlos“. Manche religionsfanatische Regimegegner sind in ihrem Protest inzwischen einen entscheidenden Schritt weitergegangen. Sie holen sich – wie der in London lebende Oppositionspolitiker Saad al-Fakih im SPIEGEL-Interview sagt – bei ihren islamistischen Predigern Fatwas gegen einzelne prominente Prinzen und planen deren Ermordung.

„Wenn Wahhab wüsste“, heißt die Erkennungsformel der Radikalen im Untergrund, und die richtige Ergänzung lautet: „wie verrottet Arabien ist.“

Merkwürdig, dass dieser Mohammed Bin Abd al-Wahhab von der Regierung wie von ihren militantesten Gegnern als Vorbild und Schlüsselfigur Saudi-Arabiens beansprucht wird. Sein Denken ist so etwas wie Staatsdoktrin – und Wurzel vieler Gewalttaten.



GETTY IMAGES

FBI-Fahndungsfotos mutmaßlicher Entführer der zum Terroranschlag umgelenkten US-Jets*: *Die meisten mit Pass aus Saudi-Arabien*

„Natürlich sind nicht alle Muslime Selbstmordattentäter. Aber praktisch alle muslimischen Selbstmordattentäter sind Wahhabiten“, schreibt der Islam-Experte Stephen Schwartz im britischen „Spectator“. „Die Mörder in Israel wie ihre ägyptischen Gesinnungsgenossen, die jubelnd Touristen in Luxor niederstachen, die algerischen wie die in Kaschmir operierenden Guerrilleros. (Auch) die Taliban praktizieren eine Variante des Wahhabismus.“

Wer ist der Mann, den Prinzen wie Terroristen als geistigen Wegbereiter akzeptieren, ja verehren?

Bin Abd al-Wahhab (1703 bis 1792) lebte in der Nähe des heutigen Riad als Religionsgelehrter in strengster Askese. Er predigte eine „Rückkehr zur ursprünglichen Strenge“ des Islam: keine Musik, keine Gebetsketten, keine seidene Kleidung und keine dekorativen Elemente an Moscheen. Seine Anhänger gingen drakonisch gegen „modernistische“ Einflüsse wie Alkohol und Rauchen vor. Er tat sich mit dem Clan der Sauds zusammen, den Blutsverwandten der späteren Königsfamilie.

Die gnadenlosen Puritaner verurteilten alle Nicht-Wahhabiten, auch die gemäßigteren Muslime, als „Nichtgläubige“ und scheuten nicht einmal vor Massenmord zurück: Im Jahr 1801 töteten sie in Kerbela über 3000 der dort lebenden Schiiten auf den Märkten und in den Gassen.

Die Lehre lieferte das ideologische Rüstzeug für Eroberungsfeldzüge. Nach mehreren Rückschlägen eroberte die wahhabitisch-saudische Allianz zu Beginn des 20. Jahrhunderts fast die gesamte Halbinsel einschließlich der heiligen Stätten Mekka und Medina. Bis heute ist der Staat Saudi-Arabien geprägt von einem Bündnis zwischen islamistischen Rechtsgelehrten und dem Herrscherhaus. Ein Ausgangspunkt des „Islamo-Faschismus“, wie US-Professor Francis Fukuyama meint.

1932 konnte der geschickt taktierende Abd al-Asis Al Saud, genannt Ibn Saud, nach Kompromissen mit der britischen Kolonialmacht das Königreich etwa in seinen heutigen Grenzen proklamieren. Der Islam wahhabitischer Prägung wurde Staatsreligion. Nur zögerlich ließ der Herrscher 1933 die amerikanischen Ingenieure der Standard Oil of California ins Land. Er glaubte nicht an diese Geschichten von dem „schwarzen Gold“. Aber er brauchte das Geld aus den Konzessionen.

Mehrere frustrierende Jahre lang bohrten die Amerikaner erfolglos am Dammam-Feld nahe der Küstengrenze zu Bahrein. Am 16. März 1938 schoss am Bohrschacht Nummer sieben eine Fontäne aus dem Boden – und die Weltgeschichte nahm eine Wende.

Die 35 000 Pfund Lizenzgebühren in Goldmünzen ließ der Herrscher von seinem Finanzminister angeblich unter dem Bett verstauen: Die Vorstellung, dass öffentlicher Haushalt und Privatkasse zweierlei sei, war dem Monarchen fremd. Geld existierte, um Interessen durchzusetzen, und für König Ibn Saud waren Familien- und Staatsinteresse identisch. Daran sollte sich bei seinen Nachfolgern nicht viel ändern.

Der Wohlstand der Saudis, der sich erst mit den ersten substanziellen Ölverkäufen nach dem Zweiten Weltkrieg in milliardenschweren Reichtum verwandelte, versickerte in Prestige-Bauprojekten und in den Schatullen diverser Stammesführer, deren Loyalität gesichert werden muss-

* Oben: am 11. Oktober 2001; unten: Nawaf al-Hamsi, Hani Hanjour, Salim al-Hamsi, Mohald al-Sheri, Fajis Ahmed, Hamsa al-Ghamdi, Ahmed al-Nami.

Geschenke mit Sprengkraft

Über Moscheen und Stiftungen propagieren saudi-arabische Eiferer ihren radikalen Islam.

Auf seinen Jünger Chalid Nagiah wäre der alte Mohammed Bin Abd al-Wahhab sicher mächtig stolz: Wenn der junge Vorbeter der Moschee an der Bonner König-Fahd-Akademie ganz im Sinne des saudischen Herrscherhauses Pilgerfahrer vor gewalttätigen Demonstrationen bei der Hadsch warnt, die einseitige Nahostpolitik der USA geißelt und die Benachteiligung der Muslime in aller Welt beweint, hängen Hunderte von Gläubigen an seinen Lippen. Wer sich verspätet, muss der Predigt auf dem Flur folgen.

Den Andrang ist Imam Nagiah, 35, gewohnt, das zeigen die stets im Treppenhaus bereitliegenden roten Gebetsteppiche. Auch auf ihnen prangt unübersehbar das Staatswappen Saudi-Arabiens, die gekreuzten Säbel unter der Palme. So kommt der Kniefall vor Allah auch einer Verneigung vor dem König gleich – was ganz jenem Pakt zwischen Religionsführer und Herrscher entspricht, den Mohammed Bin Saud 1745 mit dem legendären Wanderprediger Bin Abd al-Wahhab geschlossen hatte – und der den ebenso blutigen wie einzigartigen Aufstieg des Hauses Saud begründete.

Den Korangelehrten, dessen radikal-konservative Lehre in Saudi-Arabien als eine Art Staatsdoktrin gilt, achtet Imam Nagiah zwar als „großen Reformer“, der „den Islam zu seinen Wurzeln zurückgebracht“ habe. Auch führt der Vorbeter ein streng religiöses Leben im Geiste des hochverehrten Puristen. Da ist selbstverständlich, dass Nagiahs Frau auch in Bad Godesberg nur vermummt bis auf den Sehschlitz aus dem Haus geht. Aber als „Wahhabist“ möchte der Vorbeter nicht bezeichnet werden – der Ausdruck komme einem „Schimpfwort“ gleich. „Saudis – Wahhabismus – Fundamentalismus – Terrorismus“, die Reihe der „Vorurteile“ kann er herunterbeten. Man verfolge keine extremistischen Ziele.



SAVA RADOVANOVIC / AP

Saudischer Besucher in Sarajevo*: *Rüge für den Obermufti*

Die Akademie am Rande eines Industriegebiets wirkt wahrlich nicht wie ein Hort des Extremismus. Bei ihrer Eröffnung 1995 sah der damalige Außenminister Klaus Kinkel in dem marmornen Prachtbau vielmehr „einen Ausdruck der guten Beziehungen“ zwischen Bonn und Riad. Unter den rund 500 muslimischen Jungen und Mädchen, die in gemeinsamen Klassen ihr Abitur machen, sind Saudi-Araber in der Minderzahl.



PETER ALBAUM / JOKER

König-Fahd-Akademie in Bonn: *„Ausdruck guter Beziehungen“*

Dennoch erfasst der Feuereifer, mit dem das Königshaus unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit weltweit für die rigide Islamlehre Bin Abd al-Wahhabs wirbt, zunehmend auch Deutschlands drei Millionen Muslime – und weckt inzwischen bei manchen Verfassungsschützern „Aufklärungsbedarf“. Das Berliner Landesamt verweist bereits auf erste „Anhaltspunkte“ für „Versuche von saudischer Seite, Einfluss auf muslimische Einrichtungen im Sinne des Wahhabismus zu nehmen“.

Die Besorgnis ist wohl begründet. Kein anderes islamisches Land bringt solche horrenden Summen auf, um von Amerika bis Afrika und Asien mit Moscheen und Kulturzentren für Allah zu werben – und die eigene Vorstellung vom Glauben zu verbreiten. Der ist mitunter auch aggressiv gegen Andersgläubige gerichtet.

Allein in die islamischen Gemeinden der USA mit ihren schätzungsweise vier Millionen Gläubigen sollen in den letzten Jahren über 100 Millionen Dollar an Spenden geflossen sein. Im Ringen um die Seelen der mehr als 300 Millionen Muslime auf dem Schwarzen Erdteil zeigten sich Saudis so spendabel, dass selbst eine muslimische Diaspora wie Kadoma in Simbabwe mit einer prachtvollen Moschee glänzte. Und auch im bisher weitgehend von einem liberalen Islam geprägten Indonesien – dem Staat, in dem mehr Muslime leben als in irgendeinem anderen – machen sich jetzt die Wahhabiten breit.

Als könnten die Saudis tatsächlich mit jeder neuen Moschee ihren Anspruch auf die religiöse Vorherrschaft untermauern, überziehen von ihnen finanzierte Gebetshäuser auch den alten Kontinent. Ausgerechnet in Rom, dem Mekka der Katholiken, trieben sie den Bau des mit 30 000 Quadratmetern größten Moschee-Komplexes in Westeuropa mit voran. Die Bekehrungsoffensive hinter den vermeintlich guten Gaben ist offensichtlich. „Die Saudi-Araber bauen luxuriöse Zentren,

* Prinz Salman Bin Abd al-Asis bei der Eröffnung einer Moschee.

die unsere Gemeinden niemals unterhalten können“, klagte der Leiter des spanischen Islamrats in Córdoba, Mansour Abdessalam Escudera. In die von Geld aus Riad abhängigen Gemeinschaften könnten die Islamisten dann umso leichter „ihre strenge Koranauslegung des Wahhabismus exportieren“.

In Bosnien, wo seit Ende des Kriegs mit Saudi-Geld angeblich mehr als 70 Moscheen renoviert wurden, schlug der Mufti von Mostar noch härtere Töne an. Für Seid Smajkic betreiben die Wahhabiten auf dem Balkan längst einen regelrechten „Menschenkauf“.

In vielen Gemeinden kommt der ultrakonservative Islam von der arabischen Halbinsel sozialem Sprengstoff gleich. Auch wenn nicht mehr alle Saudi-Islamisten so eindeutig wie ihr religiöser Ahnherr den Dschihad, den Kampf gegen Ungläubige, predigen – das friedliche Miteinander der Religionen, wie es etwa die Muslime von Mostar mit ihren christlichen Nachbarn pflegen, ist Wahhabiten eher fremd. Saudi-Araber ermahnten etwa den bosnischen Obermufti, den Christen doch bitte nicht mehr zum Weihnachtsfest zu gratulieren.

Wie verheerend wahhabitische Fanatiker in manchen labilen Regionen zündeln, zeigt sich besonders deutlich im Kaukasus. So wie saudi-arabische Extremisten über die Koranschulen in Pakistan, deren Schüler als „Taliban“ berüchtigt wurden, den Bürgerkrieg in Afghanistan schürten, sind die Wahhabiten etwa nach Ansicht der Kreml-Führung schuld am Konflikt mit der abtrünnigen Republik Tschetschenien.

Während das russische Embargo die Region immer tiefer in die Isolation trieb, ließen die Islamisten mit ihren Petro-Dollar nicht nur Schulen, Straßen und Moscheen bauen. Wahhabiten sollen arbeitslosen Jugendlichen auch bis zu 100 Dollar Monatssold gezahlt haben, um sie nach der Ausbildung zu Gotteskriegern in den Kampf gegen das ungläubige Moskau zu schicken.

Das entschuldigt Menschenrechtsverletzungen Wladimir Putins ebenso wenig wie die des Präsidenten von Usbekistan, Islam Karimow. Der setzt, wie es der Bonner Imam Nagiah auch sonst so bitter beklagt, die saudi-arabische Glaubensvariante mit Terror gleich. Zwar haben auch dort, vor allem im Fergana-Tal, saudische Agitatoren radikale Anhänger gefunden. Aber unter dem Deckmantel des „Kampfes gegen den Wahhabismus“ verfolgt der mit eiserner Faust regierende Herrscher Karimow inzwischen alle, die seine Politik allzu heftig kritisieren. DIETER BEDNARZ

te. In einer Beziehung aber war Ibn Saud ausgesprochen produktiv: Er zeugte 43 Söhne und eine unbekannte Zahl von Töchtern. Was seinen persönlichen Bedarf anging, war der König eher kauzig als gierig.

Nach dem Öl-Embargo von 1974 flossen tägliche Einnahmen bis zu 100 Millionen Dollar.

Winston Churchill wollte den Monarchen mit einem für den Wüstenbetrieb umgebauten Rolls-Royce verwöhnen, doch der gab ihn enttäuscht an seinen Bruder weiter: Die Staatskarosse war rechts gesteuert, der König hätte also an der linken, nach islamischer Sicht der Dinge unreinen Seite seines Chauffeurs sitzen müssen. Wie schon in Sachen Öl zog London gegenüber Washington den Kürzeren – spätestens als die Amerikaner in Dhahran mit dem Bau eines ersten kleinen Stützpunkts begannen, war die „besondere Beziehung“ zwischen Saudi-Arabien und den USA geboren.



GAMMA / STUDIO X

Enthauptung eines Verbrechers in Saudi-Arabien: *Barbarei des „Islamo-Faschismus“*

Dass Luxus nicht nur zum Repräsentieren taugt, sondern auch Spaß machen kann, dämmerte erst Ibn Sauds Erben, besonders seinem Sohn Saud, der ihm 1953 auf dem Thron folgte. Bis heute fehlt das Konterfei des korpulenten Königs in den Ahnentafeln manch offiziellen Druckwerks, denn mit ihm eroberte die Monarchie weniger neuen Ruhm als vielmehr die Klatschspalten der westlichen Presse.

Sauds kitschig-protzige Baudenkmäler wurden ebenso sprichwörtlich wie seine monatelangen „Kuraufenthalte“ in Europa, wo er mit seiner Entourage Spesen in Millionenhöhe machte. Auch die jungen Prinzen begannen, in London und Monte Carlo ihre Apanagen zu verjubeln, und prägten ein im Westen bis dahin unbekanntes Saudi-Arabien-Bild: verzogene reiche Jungs mit arabischen Umhängen, Rolex-Uhren und Sonnenbrillen à la Elvis Presley.

Aber nicht nur seine Verschwendungssucht brach Saud politisch das Genick, sondern auch seine Neigung zu stümperhaft eingefädelten Intrigen. Er versuchte, den Amerikanern ausgerechnet mit Hilfe des skandalumwitterten griechischen Reeders Aristoteles Onassis das Transportmonopol für saudisches Rohöl streitig zu machen. Das unterminierte die „besonderen Beziehungen“, Saud wurde zum Problem; zum ersten Mal trat der Familienrat zusammen, um eine dynastische Entscheidung zu treffen. Kronprinz Feisal übernahm im März 1964 die Regierungsgeschäfte und Ende des Jahres auch den Königstitel.

Ganze 317 Rial, unter 100 Dollar, soll der Neue bei erster Durchsicht der Bücher in der geplünderten Staatskasse gefunden haben. Sein radikales Sparprogramm und sein für die Saudi-Monarchie völlig untypischer asketischer Lebensstil fanden bei der Bevölkerung Anklang. Auch der Westen bekam die Entschlusskraft und Ernsthaftigkeit Feisals zu spüren. Nach dem Jom-Kippur-Krieg drehte Feisal aus Protest gegen die proisraelische Haltung der Amerikaner und Europäer den Ölhahn zu. Zum ersten Mal seit den Tagen des Propheten schienen sich alle Muslime hinter einen einzigen Führer zu scharen. US-Außenminister Henry Kissinger machte sich auf den Weg nach Riad, um „den

mächtigsten Araber des Millenniums“ zu treffen.

Die Explosion der Ölpreise spülte nach dem Ende des Embargos 1974 Tageseinnahmen von bis zu 100 Millionen Dollar auf die Saudi-Konten. Die überforderte Verwaltung in Riad suchte händeringend nach Möglichkeiten, das Geld wieder auszugeben. Sie verwöhnte die Bevölkerung mit großzügigen Sozialleistungen.

„Der Himmel über Riad ist schwarz von Geiern“, beschrieb der damalige US-Botschafter James Akins den plötzlichen Ansturm der aggressiven amerikanischen Geschäftemacher. Aber ohne die entsprechenden Beziehungen zum Königshaus lief kein Deal: Es kam die große Zeit der saudiarabischen Zwischenhändler, die sich für ihre Vermittlungsdienste fürstlich entlohnen ließen – allen voran Adnan Kaschoggi, „Bakschisch-Prinz“ genannt. Er galt mit mehr als zwei Milliarden Dollar Privatbesitz vorübergehend als reichster Mann der Welt.

Als wahres Kind der überhitzten Siebziger zeigte sich auch König Feisals Neffe Feisal Bin Musaid. Der Prinzensohn war während seiner Collegejahre in Kalifornien als Frauenschläger und LSD-Konsument aufgefallen. Vom König nach Riad zurückbeordert, durchzechte er die Nacht zum 25. März 1975 mit Freunden. Am Morgen darauf verschaffte er sich im Gefolge einer kuweitischen Öldelegation Zutritt zu einer königlichen Audienz, zog eine Pistole und erschoss seinen Onkel.

Die Macht ging über auf den farblosen Feisal-Bruder Chalid, dann auf dessen Kronprinzen Fahd. Die Petrodollar flossen noch reichlich, doch das Königreich war nach dem Mord nicht mehr dasselbe. Die wahhabitischen Rechtsgelehrten, die dem Haus Saud von Anfang an religiöse Legitimität verschafften und mit ihnen verbunden waren, hatten ihr Menetekel. Sie gingen auf Distanz zu der Prinzen-Garde, die sie als Ausbund des moralischen Verfalls ansahen.



ABBAS / MAGNUM / AGENTUR FOCUS

Saudi am Mamlaka-Turm in Riad
Unkultur der Bequemlichkeit und Lethargie

Viereinhalb Jahre später – die Monarchen hatten Milliarden in den Aufbau ihrer Armee und des Sicherheitsapparats gesteckt und die Geistlichkeit mit immer neuen Moscheen beglückt – riss eine Maschinengewehrsalve im Vorhof der Großen Moschee zu Mekka das Land endgültig aus seinem Traum von der ungestörten Geldvermehrung. „Der Mahdi ist da, der Erlöser, der dieses Königreich von seiner Verderbnis befreit“, rief ein bärtiger junger Mann und besetzte mit mehr als 200 bewaffneten Anhängern die heiligste Stätte des Islam. Erst nach zwei Wochen wurde der Aufstand niedergeschlagen. Und um die Blamage komplett zu machen, musste der König dafür „Ungläubige“, nämlich französische Spezialeinheiten, zu Hilfe bitten.

Im gleichen Jahr ging es auch im Osten Saudi-Arabiens los, wo fast das gesamte Erdöl gefördert wird und etwa die Hälfte der Bevölkerung Schiiten sind (landesweit: acht Prozent). Vermutlich von der Revolution Ajatollah Chomeinis im nahen Iran angestachelt, kam es zu Aufständen. Die Armee schlug sie blutig nieder. Die wahhabitische Geistlichkeit hatte wenig für die Schiiten übrig. Aber sie zeigte deutliche Sympathien für die Mekka-Besetzer. Unter den Aufständischen waren mehrere Zöglinge des Religionsführers Abd al-Asis Bin Bas. Der Großmufti, 1999 verstorben, war bekannt dafür, dass er die Erde für eine Scheibe hielt und über die Religionspolizei hinaus eine neue staatliche Inquisition einführen wollte: eine „Behörde zur Überprüfung des Gewissens“. Seine Ideal-Gläubigen machte er später im Ausland aus – die Taliban.

Die Saud-Familie erkannte die Gefahr einer abbröckelnden Machtbasis: Als in den letzten Tagen des Schicksalsjahrs 1979 die Sowjetunion Afghanistan angriff, ergriffen die Politiker in Riad ihre Chance. Mit Staatsgeldern wurden Tausende Freiwillige an die Front geschickt, unter ihnen auch Leute mit besten Beziehungen zum Königshaus – wie Osama Bin Laden, dessen Vater Bauunternehmer Nummer eins im Land war und auch in Mekka die Große Moschee renovieren durfte.

Die Regierung förderte nicht nur den Widerstand der Mudschahidin gegen die „gottlosen“ Kommunisten, sondern machte sich auch ansonsten zur Speerspitze einer weltweiten Islamisierung. Zur Beruhigung der Radikal-Frommen – und zur Absicherung gegen Attentate auf das Königshaus – flossen Milliarden, und die Islamisten hatten freie Hand. Neue Moscheen in Usbekistan, Nigeria, Pakistan und vor allem auf dem Balkan wurden erbaut und häufig mit feurigen Wahhabiten-Predigern bestückt. Der aggressive Export ihres mittelalterlichen Islam-Konzepts hält bis heute an.

Die Prinzen hatten sich eine Atempause erkauft, König Fahd gab sich 1986 stolz den Ehrentitel „Hüter der heiligen Stätten“ – doch für die Zeit nach einem Sieg der Gotteskrieger in Afghanistan entwickelte keiner ein Konzept. Bin Laden kehrte von seinem „Triumph über die Supermacht UdSSR“ strotzend vor Selbstbewusstsein in die Heimat zurück, mit Hunderten „arabischen Afghanen“ im Schlepptau.

Die Verwestlichung und Verweichlichung der saudischen Führungsschicht fiel ihm schmerzlich auf, aber noch setzte er auf Kooperation mit den Autoritäten. Als Saddam Hussein 1990 Kuweit überfiel und in Riad Panik ausbrach, bot er seine Hilfe an und die seiner Truppe. Das Königshaus entschied anders: Zigtausende amerikanische Soldaten – und Soldatinnen – strömten ins Land.

Das war der erste Wendepunkt für Osama Bin Laden. Er agitierte nun für einen Sturz der Monarchie. Nicht weil er der Staatsreligion abschwören wollte, sondern weil er das Königshaus für Verräter am Wahhabismus hielt. Die Ungläubigen seien zu den wahren Wächtern Mekkas geworden, zürnte er, obwohl die Regierung natürlich sichergestellt hatte, dass die Amerikaner nicht einmal in die Nähe der heili-



D. HALSTEAD / GAMMA / STUDIO X

US-Präsident Bush Senior (M.) in Dschidda (1992): *Heute hoch bezahlter Berater eines Unternehmens mit Bin-Laden-Beteiligung …*

gen Stätten kamen. Einflussreiche Religionsgelehrte wie Safar al-Hawali und Salman al-Awda, die Bin Laden ideologisch nahe stehen, sprachen ebenfalls von einer Bankrotterklärung des Regimes.

König Fahd verfügte 1994 die Ausbürgerung Bin Ladens und ließ die beiden islamistischen Rädelsführer Hawali und Awda verhaften (sie kamen erst 1999 frei und halten sich jetzt, zumindest in der Öffentlichkeit, zurück). Kronprinz Abdullah versuchte, gefügige Muftis in Spitzenpositionen zu hieven.

In der Unterstützung der Taliban waren sich zunächst alle saudi-arabischen Kräfte einig. Der pakistanische Geheimdienst hatte mit saudischen Geldern in den Medresen und Flüchtlingslagern eine Miliz zusammengestellt, um den von Mudschahidin-Fraktionen in und um Kabul blutig geführten Bürgerkrieg zu beenden. Lange waren auch noch die Amerikaner dabei: Nur unter einer stabilen Regierung in Kabul konnte Washington hoffen, das Land als Transitstrecke für Gas- und Öllieferungen aus Zentralasien an den Indischen Ozean nutzen zu können.

Anfang 1998, nachdem monatelang klar war, welch unmenschliches Regime die Religionsfanatiker in Afghanistan errichtet hatten, änderte die US-Regierung ihre Politik. Es hatte sich herauskristallisiert, wie innig Taliban-Chef Mullah Omar und Bin Laden kooperierten. Erst mit seinem „Manifest gegen die Juden und Kreuzzügler“ aber wurde aus dem saudi-arabischen Oppositionellen Bin Laden endgültig ein Propagandist des Dschihad gegen den Westen. Im August 1998 bombardierte Washington als Reaktion auf die Terroranschläge in Afrika Bin Ladens Ausbildungslager.



NOEL QUIDU / GAMMA / STUDIO X

… das am „Krieg gegen den Terror“ verdient
Brennendes Ölfeld in Kuweit (1991)

Saudi-Arabien behielt offizielle diplomatische Beziehungen mit der Taliban-Regierung bis Ende September letzten Jahres. Und auch nach dem Anschlag vom 11. September muss es enge Kontakte zwischen Osama Bin Laden und saudi-arabischen Stellen gegeben haben – denn manche wussten, wo er sich aufhielt. In einem Gespräch, das irgendwann im November letzten Jahres gefilmt wurde und als Aufzeichnung über die Fernsehschirme der Welt ging, ist ein – offensichtlich in die afghanisch-pakistanische Bergwelt eingeschleuster – saudi-arabischer Scheich zu Gast beim Qaida-Chef und beglückwünscht ihn zum Anschlag in den USA.

Die erste Frage Osama Bin Ladens gilt der Reaktion in der Heimat, als wolle sich der verlorene Sohn der Liebe und Anerkennung seiner Landsleute versichern: „Wie war die Reaktion in unseren Moscheen?“

Mehrere Scheichs hätten ihn in ihren Predigten gelobt, erfährt Bin Laden. Ausdrücklich ist von begeisterten Islam-Gelehrten in Kassim die Rede, einer zentralarabischen Region mit der Hauptstadt Bureida. Sie gilt noch immer als ein Zentrum radikalen wahhabitischen Gedankenguts – und als Heimat des Osama-Mentors Awda.

Nun könnte es bald eng werden fürs Königshaus. Westliche Geheimdienste spielen schon die Szenarien für die Zeit nach König Fahd durch. De-facto-Regent Kronprinz Abdullah genießt wegen seiner persönlichen Bescheidenheit, seiner tiefen Religiosität und seiner gelegentlich antiwestlichen Rhetorik noch ein gewisses Ansehen. Er soll 1990 vehement der Entscheidung des Königs widersprochen haben, die amerikanischen Truppen ins Land zu holen, und er verordnet in jüngster Zeit seinen Untertanen, auch den blaublütigen, einen vernünftigen Sparkurs; doch er ist weder in der Familie noch in der Geistlichkeit unumstritten.

Greisenriege der großen drei: Der König ist 80, der Thronfolger 78, der Verteidigungsminister 77.

Und dann tickt da noch die biologische Uhr, die einen reibungslosen Machtwechsel unwahrscheinlich macht. Die großen drei sind eine Greisenriege: König Fahd 80, Abdullah 78, Verteidigungsminister Sultan 77 Jahre alt. Das erinnert an das Szenario mit den Gerontokraten Breschnew, Andropow und Tschernenko – fast jedes Jahr ein neuer Sowjetführer.

Aber auch die Opposition verfügt über keine Persönlichkeit, hinter die sich alle

scharen könnten. Sie sitzt in Bagdad, in Damaskus, in London. Sie ist zerstritten, wobei die Islamisten gegenüber den Demokraten in der Überzahl sind. Und Saudi-Arabien ist längst nicht der homogene Staat, als der er sich in Anzeigen aller Welt gern präsentiert.

Nur die Stämme aus dem Zentrum gelten als „edel“, die Al Ghamid im Süden und alle Volksgruppen aus der Provinz Asir werden in Riad als „minderwertig“ abgetan. Gerade von dort aber kommen die meisten Attentäter des 11. September. Die tribalen und regionalen Bruchlinien sind so gefährlich, dass der Islam-Wissenschaftler und Saudi-Arabien-Kenner Guido Steinberg sogar schon von einer „Revolte der Peripherie“ spricht und ein Auseinanderbrechen des Staates nicht ausschließt.

Auch der Außenminister eines EU-Staates malte bei einer Diskussion in kleinem Kreis vergangene Woche ein wahres Katastrophenszenario an die Wand. Nach einem Angriff gegen den Irak werde sich Washington auch mit einer Auflösung der staatlichen Strukturen in Saudi-Arabien konfrontiert sehen. Der europäische Spitzenpolitiker wollte der US-Regierung nicht unterstellen, dass sie eine permanente Besetzung der Erdölfelder in dem gesamten Raum plane – doch den Amerikanern werde schon aus Selbstschutz letztlich gar nichts anderes übrig bleiben, mit unübersehbaren Folgen für die Nahostregion und den gesamten Weltfrieden.



ABBAS / MAGNUM / AGENTUR FOCUS

Kaufhaus in Riad: *Für niedere Arbeiten sechs Millionen Gastarbeiter*

Das Königshaus bezahlt Verwandten der Attentäter aus Palästina die Pilgerfahrt nach Mekka.

In Washington glaubt derzeit kaum einer an die Theorie vom „imperial overstretch“, der Überdehnung der militärischen Ressourcen. Man ist in Afghanistan, auf den Philippinen und jetzt auch in Georgien – zum Ärger der Russen – militärisch engagiert. Von Saudi-Arabien erhofft George W. Bush sich eine verstärkte Terrorismusbekämpfung und „positive Stabilität“.

Der amerikanische Traum einer stabilen Regierung in Riad sieht einen Jung-Prinzen im Vordergrund: Bandar Bin Sultan, Sohn des Verteidigungsministers und seit über 18 Jahren höchst einflussreicher Botschafter seines Landes in Washington.

Doch mögliche Machtkämpfe in Saudi-Arabien sind auf Eis gelegt. Im Vordergrund steht derzeit die Hadsch. Die Regierung der Prinzen muss jetzt erst einmal den Ansturm der Mekka-Pilger unbeschadet überstehen. Mehr als zwei Millionen sind dieses Jahr zur Wallfahrt angereist, die der Koran vorschreibt und die der Traum jedes Muslim ist: Einmal im Leben zum Allerheiligsten pilgern, den Schwarzen Stein küssen, in zwei blütenweiße Tücher gehüllt die Kaaba umrunden, mit 21 Würfen den Satan steinigen!

Aus allen Ecken der Welt kamen sie angereist – Bauern aus Bangladesch, Studenten aus dem Sudan, Geschäftsleute vom Golf. Mit altersschwachen Booten, mit baufälligen Tupolews oder mit den Flüsterjets der Saudia, Wallfahrt de luxe. Dieses Jahr hat das Königshaus einer Gruppe alle Ausgaben bezahlt: den Verwandten der palästinensischen Intifada-Opfer, einschließlich aller Selbstmordattentäter. Es ist anzunehmen, dass Terrororganisationen wie Hamas oder Islamischer Dschihad im Gaza-Streifen das als Ermutigung zu neuen Taten auffassen – ein seltsamer Widerspruch zu Abdullahs neuer Nahost-Friedensinitiative.

Nie waren die Sicherheitsvorkehrungen so streng, so hoch technologisch, so international: Eine US-Firma checkt Pilger mit einem digitalen Iris-Scanner, ein französisches Unternehmen nimmt elektronisch Fingerabdrücke. Beide Einrichtungen erkennen die Übereinstimmung mit den Merkmalen eines gesuchten Terroristen. Aber natürlich sind bei der Masse der Pilger nur Zufallstests möglich, und oft fehlen auch die Vergleiche. Die saudischen Behörden sind so nervös, dass „sie alle Sicherheitskräfte auf Mekka konzentrieren und dabei mögliche andere Terrorziele entblößen“, warnt Regimekritiker Asaad.

Den religiösen Ablauf der Hadsch hat das Königshaus ganz den besonders radikalen Islam-Gelehrten der zentralen Nadschd-Provinz übertragen. Der kuweitische Ex-Staatsminister und islamische Rechtswissenschaftler Sajjid Jussuf al-Rifai greift die Organisatoren in Mekka und ihre rigiden Pilgervorschriften scharf an; so dürfen etwa Frauen die Vorderseite des Propheten-Grabes und den Baki-Friedhof gar nicht mehr betreten. In einem offenen Brief an die „Brüder von Nadschd“ beklagt er „die Verfälschung des historischen Erbes“.

Die schärfste Kritik des Gelehrten richtet sich gegen den aggressiven Export wahhabitischer Lehren und die von Riad ins Ausland mitgeschickten Hetzer. „Ihr habt sie mit großzügigen Gehältern überhäuft, Büros für sie eröffnet und ihnen alle Möglichkeiten zur Verfügung gestellt. So wurde Aufruhr erzeugt. Sie sind wie Zeitbomben, von euch geladen und angefüllt mit üblen Verdächtigungen und abgrundtiefem Hass, wodurch die Länder des Islam, besonders in Afrika und Asien, zu Schlachtfeldern gegensätzlicher Meinungen unter den Muslimen wurden.“

Rifai schließt mit einem Wort, das er als letzte Warnung verstanden wissen will: „Das Erste, worüber am Tag der Auferstehung zwischen den Menschen gerichtet wird, ist das vergossene Blut – diese Worte des Propheten habt ihr vergessen. Allah möge unsere Klage erhören und euch auf den rechten Weg zurückführen.“

Erich Follath, Volkhard Windfuhr, Bernhard Zand